



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/5 - 7. Januar 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 800

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Das deutsche Dilemma

84

Wo bleibt die Deutschlandpolitik der Bundesregierung?

Von G. Markscheffel

3

Schatten über Warschau - Belgrad

52

Nach der Ausweisung des jugoslawischen Militärattachés
aus Polen

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

4 - 5

Umbausorgen

70

Von H.G. Ritzel, MdB

6

Belohatete Zähigkeit

48

Deutsche Olympiamannschaft nun gesichert

7

Glosse:

Der Entensekretär

46

Zu den Hofberichten eines Geburtstagsfestes

* * *

* *

Das deutsche Dilemma

Wo bleibt die Deutschlandpolitik der Bundesregierung ?

Von G. Markscheffel

Die verständliche Erregung über die antisemitischen Sudeleien hat ein anderes "deutsches Thema" in den Hintergrund treten lassen, das ebenfalls auf der Tagesordnung steht und dessen Erörterung uns sehr notwendig erscheint. Es ist dies die Frage, welchen Beitrag die Bundesregierung zur Vorbereitung der auf uns zukommenden internationalen Konferenzen und Begegnungen von Staatsmännern aus Ost und West zu leisten gedenkt. Zunächst beginnen in Kürze in Washington die Gespräche der Westmächte zur Vorbereitung der Gipfelkonferenz und kurz darauf werden in Genf die Verhandlungen des UNO-Abrüstungsausschusses eröffnet.

Es ist wohl kaum abwegig, wenn man vermutet, daß alle Bemühungen um eine politische Entspannung zwischen Ost und West unmittelbar von den Erfolgen oder Mißerfolgen bei den Abrüstungsverhandlungen abhängig sein werden. Und eben so klar dürfte es sein, daß die Erörterung des Abrüstungskomplexes früher oder später zur Problematik der Rüstungsbegrenzungen an den Berührungspunkten des Ost-West-Gegensatzes führen wird.

Bei der Bonner Regierung herrscht - nach dem Verhalten ihrer Delegation auf der Pariser NATO-Tagung kurz vor Weihnachten zu urteilen - die Meinung vor, daß wir stramm im Rahmen der militärischen Blockpolitik als Mustangrenadiere weiter zu marschieren haben, ohne uns dabei geistig allzu sehr in Unkosten zu stürzen. Das offizielle Bonn lehnt die Erörterung regionaler Rüstungsbegrenzungen ab, stellt sich auf den Boden der sogenannten gegebenen Tatsachen und sorgt dadurch in der ganzen Welt für den Eindruck, daß die Bundesrepublik an nichts anderem interessiert zu sein scheint als an der Erhaltung des status quo. Günstigstenfalls kann gesagt werden, daß sich die Bundesregierung allen anderen Anregungen gegenüber taub stellt und ganz offenkundig darauf spekuliert, es werde sich in den USA während der Kampagne zur Präsidentschaftswahl nichts Entscheidendes ereignen.

Nun könnte man in Bonn sicher nach dem bekannten Rezept "Keine Experimente" so weitermachen, wenn man nicht wüßte, daß ein Beharren auf der alt- und wahrscheinlich bereits liebgewonnenen Politik des Herrn Adenauer die Spaltung Europas und damit Deutschlands immer unwiderruflicher wird. Das ist der "Schönheitsfehler" in des Bundeskanzlers Konzept, der sich ja wohl keineswegs mehr verheimlichen läßt. Und hier beginnt das Dilemma Bonns, das zu überwinden es gilt, wenn man in der deutschen Frage im Rahmen der internationalen Konferenzen des Jahres 1960 überhaupt einen Schritt vorwärtskommen beabsichtigt.

7. Januar 1960

Aber: Das offizielle Bonn hat keine Vorstellungen davon, wie es aus diesem Dilemma herauskommen könnte. Man rüstet weiter auf, lehnt die Überprüfung von Vorschlägen zu deutschen Abrüstungsinitiativen ab und verbaut damit den Weg zur internationalen Diskussion über regionale Rüstungsbegrenzungen, die natürlich in Ost und West gleichermaßen zu erfolgen hätten. Damit bleibt das Terrain für einen deutschen Beitrag zur Entspannung auf den jetzigen politischen und militärischen Zustand in Europa begrenzt.

In das gleiche Kapitel gehört auch der Verzicht des offiziellen Bonn auf die Normalisierung seiner Beziehungen zu den deutschen Nachbarstaaten des Ostblocks. Die spürbare Vereisung der Atmosphäre zwischen der Bundesrepublik und beispielsweise der CSR und Polen wird in diesen Ländern immer stärker empfunden und in der Publizistik zum Ausdruck gebracht. Immer mehr wird dort das Übricht-Regime zur einzigen Repräsentanz "Deutschlands" und immer häufiger wird in Prag und Warschau davon gesprochen, daß Bonn schon längst eine "Schützengrabenstellung" bezogen habe. Selbstverständlich verbinden sich mit dieser Charakterisierung des politischen Verhaltens der Bundesregierung auch militärische Vorstellungen. Denn wo vom "Schützengraben" gesprochen wird, denkt man natürlich auch ans Schließen ...

Nachdem Bundeskanzler Dr. Adenauer anlässlich seines 84. Geburtstages nun auch noch den Beinamen "Vater der Bundeswehr" erhalten hat - "Vater des halben Vaterlandes" nennen ihn seine intimen Freunde schon seit Längem - und er selbst bei dieser Gelegenheit von der Macht sprach, ohne die er sich die Politik nicht vorstellen könne, wird dieser Mann natürlich immer ungeeigneter zur Überwindung des deutschen Dilemmas. Das wissen auch seine Parteifreunde, aber da sie glauben, nur mit ihm an der Spitze die Bundestagswahl 1960 politisch überleben zu können, schweigen sie - selbst die Besten unter ihnen.

Deswegen meinen wir: Die Bundesregierung ist verpflichtet, vor Beginn der großen internationalen Konferenzen dieses Jahres offen dem Volk zu erklären, welchen Beitrag sie selbst zur Überwindung des deutschen Dilemmas zu leisten bereit ist, oder ob sie überhaupt irgendwelche Vorstellungen von einem solchen Beitrag hat. Wir geben uns nicht der Illusion hin, daß diese Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien hierauf etwa auf die überraschende Idee kommen könnten, auch andere als die Vorstellungen des jetzigen Bundeskanzlers ernsthaft zu diskutieren oder gar zur Geltung kommen zu lassen. Aber trotzdem fordern wir, daß jetzt die öffentliche Diskussion über die Deutschlandpolitik der Regierung beginnt, damit sich das Volk ein klares Bild von den Möglichkeiten der deutschen Politik machen kann.

Schatten über Warschau - Belgrad

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Der Jahreswechsel stand in Belgrad im Zeichen eines diplomatischen Zwischenfalles, dessen Hintergrund und mögliche Folgen in den Einzelheiten noch nicht zu übersehen sind. Im Belgrader Außenministerium wurde bestätigt, daß die polnische Regierung den Militärattaché der jugoslawischen Botschaft in Warschau, Oberst Nikola Pejanovic, und dessen Stellvertreter, Major Svetozar Pazir, zum Verlassen des Landes aufgefordert habe. Die beiden sind inzwischen nach Jugoslawien zurückgekehrt.

Wie die Sache im Augenblick steht, scheint man eine Dramatisierung des Vorfalls beiderseits vermeiden zu wollen. In Warschau schweigt man vorerst, und Belgrad möchte diesen Schweigebann offensichtlich gleichfalls nicht brechen. Obwohl vereinzelt durchklingt, daß an die reziproke Maßnahme der Ausweisung des polnischen Militärattachés aus Belgrad nicht gedacht sei, befindet sich dieser seit Tagen in Warschau. Diplomatische Kreise der polnischen Botschaft führen dies jedoch auf persönliche Motive zurück.

Gleichviel, ob eine weitere Verschlechterung der durch diesen Vorfall entstandenen Situation vermieden werden kann, dürften die zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Belgrad und Warschau bereits jetzt einer ernstesten Belastung unterworfen worden sein. Da dies in einem Zeitpunkt geschieht, da fast der gesamte Ostblock zu einer Normalisierung seiner zwischenstaatlichen Beziehungen zu Jugoslawien übergegangen ist, mag verwundern und darüber hinaus die Vermutung rechtfertigen, daß es sich bei dem Vorfall um eine eigengesetzliche Angelegenheit handelt, die in keinerlei Beziehungen zu den ideologisch-zwischenstaatlichen Streitigkeiten Jugoslawien-Ostblock steht.

Daß sich ein solcher Vorfall außerdem in Polen ereignet hat, in dem Lande, das sich am stärksten in der antijugoslawischen Kampagne zurückgehalten hat und lange Zeit als Fürsprecher Jugoslawiens im Ostblock galt, mag gegenwärtig zu spezifischen Kombinationen herausfordern, bestärkt aber eigentlich nur die bereits genannte Vermutung von der Eigengesetzlichkeit des Ereignisses. Die alte, im Westen genährte Legende, Gomulka habe sich in seinen früheren Stellungnahmen gegenüber Jugoslawien nur dem Druck Mächtiger gefügt, hat längst ihren Wahrheitsgehalt eingebüßt. Gomulka war nie im eigentlichen Sinne "Titoist". Er ist dazu nur von manchen Kreisen der westlichen Welt infolge der seinerzeitigen Koinzidenz bestimmter Ereignisse in Jugoslawien und Polen abgestempelt worden. Die Enttäuschung über die gegenteilige Entdeckung mag hier und dort bitter sein, ändert jedoch an diesem Sachverhalt nichts.

Wer jedoch, ohne vom Wunschenken in die Einsicht der vor sich gehenden Entwicklung geblendet zu sein, das Verhältnis zwischen Belgrad und Warschau beobachtete, mußte schon lange zu dem Ergebnis gekommen sein, daß "Titos eigener Weg" nicht "Gomulkas eigener Weg" sein würde und konnte. Die diesjährigen Erpährungsschwierigkeiten in Polen, nicht nur durch Witterungsverhältnisse, sondern die spezifisch-liberale polnische Agrarpolitik auf der Grundlage des landwirtschaftlichen Parzellenbesitzes mitverursacht, mußten in Warschau den theoretischen Ausschlag gegen das "jugoslawische Experiment" und für einige praktische zentralistischere Maßnahmen gegeben haben. Eine Entscheidung, die jedoch schon vorher vorbereitet wurde und sich abzeichnete. Wie sich das Verhältnis Jugoslawien - Polen im Lichte der neuen spezifischen bilateralen Spannung entwickeln wird, dürfte einer der interessantesten Aspekte der nächsten Tage und Wochen sein.

Umbausorgen

Von H.G. Ritzel, MdB.

Seit geraumer Zeit taucht immer wieder die Idee eines Umbaus des Plenarsaalles des Deutschen Bundestages auf. Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier ließ ein Modell für einen Umbau fertigen. Der zur Urteilsbildung berufene Vorstand des Deutschen Bundestages hatte bis jetzt jedoch noch keine Gelegenheit, sich dieses Modell anzusehen. Dagegen scheint es offensichtlich dem Bundesinnenminister Dr. Schröder bekannt zu sein, der kurz vor Weihnachten 1959 in einer der Presse übergebenen Darstellung ganz im Sinne des Modells einen Umbau nach englischem Muster befürwortete. Wo es sich um etwas Gutes und Vernünftiges handelt, kann jede Unterstützung willkommen sein. Im vorliegenden Fall besteht jedoch Veranlassung, vor der Stellungnahme des Parlaments zum Umbau seiner eigenen Räume noch einmal auf die wirtschaftlichen, vor allem aber auf die politischen Gesichtspunkte hinzuweisen, die einen Umbau entgegenstehen.

Bundesinnenminister Dr. Schröder hat dem Deutschen Bundestag bestätigt, daß es ihm in den vergangenen 10 Jahren ohne Zweifel gelungen sei, sich Ansehen und Achtung in der Öffentlichkeit zu verschaffen. Der dabei gezogene Vergleich, daß der Deutsche Bundestag mehr Achtung und Ansehen besitze als der Reichstag der Weimarer Zeit kann nicht ohne weiteres akzeptiert werden. Die Voraussetzungen waren ganz anders, und die negativen Leistungen der dem Bundesinnenminister wohlbekannten politischen Störenfriede des damaligen Reichstages können nicht dem demokratischen Instrument der damaligen Volksvertretung, sondern nur der verbrecherischen Durchheit der Störenfriede selbst zur Last gelegt werden.

Man plant einen Umbau des Sitzungssaales nach englischem Muster, d.h. Regierung und Opposition sollen aneinander gegenüber sitzen. Das würde einen völligen Umbau der Sitze und der gesamten Dispositionen des Bundestages notwendig machen. Das würde die Beseitigung der heutigen Arbeitspulte erfordern und doch nichts ändern.

Aus welchem Grunde sollen heute erhebliche Mittel, die der Steuerzahler aufzubringen hat, eingesetzt werden, um die Raumordnung im Bundestag zu ändern? Wer glaubt ernsthaft daran, daß damit der Geist, der den Bundestag beherrscht, geändert würde? Wer glaubt im Ernst daran, daß Rede und Gegenrede in freierer Weise als bisher möglich seien? Wo ist das wirklich zwingende Argument zu finden, das einen erheblichen Mittelaufwand für diesen Umbau rechtfertigt? Die Regierung soll der Opposition

gegenübersitzen. Das ist im wesentlichen mit einem kleinen Austausch der bisherigen Sitzordnung zu erreichen, wenn die Regierung ihre Plätze mit den dem Bundesrat eingeräumten Plätzen vertauscht. Dann sitzt sie praktisch Auge in Auge der sozialdemokratischen Opposition gegenüber, und die Demokraten werden den Verzicht auf die Anschauung des einen oder anderen Ministers zu verschmerzen wissen. Dabei ist es erfreulich, daß sich der Bundesinnenminister der alten sozialdemokratischen Forderung nähert, den erhöhten Sitz der Regierung gegenüber dem Parlament zu beseitigen. Das ist auch durch einen Abbau der jetzigen Balustrade ohne Schwierigkeiten zu erreichen, und die Kosten hierfür betragen vielleicht 5% der von dem Bundestagspräsidenten und dem Bundesinnenminister geförderten Umbauabsichten. Man soll auch im Kleinen sparen, und viel Kleinvieh gibt auch Mist. Da sich in bezug auf den Geist des Parlaments durch einen Umbau nichts ändern läßt und da der Verbesserung der geistigen Situation im Bundestag die heutige Sitzanordnung nicht im geringsten entgegensteht, führen alle wirtschaftlichen Überlegungen zu Ablehnung dieses Umbauplanes.

Entscheidend aber sind die politischen Überlegungen. Jahre hindurch galt für Bonn eine Bausperrre. Sie war wohlbegründet, denn Bonn galt und gilt heute noch als Provisorium einer Bundeshauptstadt. Notgedrungen wurde die Bausperrre gelockert, aber wo keine Not vorliegt, sollte sie nicht völlig beseitigt werden. Wir ringen Tag um Tag um die Wiedervereinigung. Unausgesetzt sind alle Politiker in Deutschland darum bemüht, Berlin als echten Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland zu sichern. Mit einem Aufwand von vielen Millionen D-Mark wird der Deutsche Reichstag in Berlin wieder instandgesetzt. Millionenaufwendungen wurden gemacht, um einen Dienstsitz des Bundespräsidenten in Berlin herzurichten. Bundesbehörden wurden in Berlin untergebracht und auch hierfür erhebliche Mittel geopfert. Wenn und solange man für Berlin eintritt, wenn und solange man die Wiedervereinigung mit allen verfügbaren Mitteln erstrebt und Berlin als die einzig mögliche Hauptstadt Deutschlands erklärt, ist es nach meiner Auffassung nicht zu verantworten, das erträgliche Provisorium im Bonner Bundeshaus durch eine definitive Einrichtung zu ersetzen und damit einmal mehr den Versuch zu unternehmen, aus dem Provisorium Bonn auf Kosten Berlins einen Dauerzustand zu machen.

+ + +

Belohnte Zähigkeit

ler - Der Präsident des Deutschen Sportbundes, Willi Daume, erhebt gewiß nicht den Anspruch, ein Politiker zu sein. Er würde sich, wie ihn die Öffentlichkeit kennt, gegen eine solche Bezeichnung aus Kräften wehren. Die hohe Funktion, die Willi Daume als Präsident des Deutschen Sportbundes bekleidet, verpflichtet ihn zur politischen Neutralität. Und doch ist ihm, dem parteipolitisch Ungebundenen, eine glänzende politische Tat gelungen, um die ihn mancher, der sich Politiker nennt, beneiden kann. Wir meinen das nun gesicherte Auftreten einer gesamtdeutschen Mannschaft bei den Olympiaspielen in Squaw Valley. Die deutschen Sportler und ihre Millionenschar von Freunden werden dies mit frohen und dankbaren Herzen zur Kenntnis nehmen.

Die Leitung des Deutschen Sportbundes stand seinerzeit im Kreuzfeuer einer heftigen Kritik, als sie bei dem leidigen Flaggenstreit sich entschloß, bei Olympiaspielen außerhalb Deutschlands schweren Herzens auf die Flagge der Bundesrepublik zu verzichten - um damit das gleichzeitige Wissen der Pankower Spalterflagge zu verhindern - und auf eine amerikanische Anregung hin sich für eine neue Flagge, Schwarz-Rot-Gold mit den fünf olympischen Ringen entschied. Das war ein fairer und unter den gegebenen Umständen der einzig mögliche Kompromiß. Bereitschaft zum Kompromiß, sofern man auf festem Boden steht, bedeutet jedoch nicht, die Bereitschaft zur Schwäche und zum dauernden Nachgeben. Dann kommt man ins Rutschen.

Das mußten die Sportfunktionäre aus der "DDR" erfahren. Sie hatten bei den kürzlichen Ausscheidungskämpfen für Skifahrer in der Nähe von Innsbruck auf die Hisseung der eigenen Flagge bestanden. Der Bürgermeister jenes Ortes, unterstützt von den westdeutschen Sportlern, weigerte sich, diese Flagge hissen zu lassen. Daraufhin sagten die Sportler aus der "DDR", nur widerwillig gefolgt von den Sportlern der übrigen Ostblockstaaten, ihre Teilnahme ab. Damit war die Aufstellung der gesamtdeutschen Mannschaft für Squaw Valley infrage gestellt. In dieser, durch ein falsches Prestigebedürfnis herbeigeführten Situation, bewährte sich der Kompromiß des Deutschen Sportbundes:

Die Sportführung von Pankow gab nach. Sie konnte es nicht riskieren, durch ihre nur vom Pankower Geltungsbedürfnissen bestimmte Haltung sich selbst von der Teilnahme an den olympischen Spielen auszuschließen. Denn "Wer nicht antritt, hat verloren".

Dieses goldene Wort von Willi Daume hat freilich eine doppelte Bedeutung. Dadurch, daß der Deutsche Sportbund entgegen allen äußeren Pressionen zum Kampf um die Erhaltung der deutschen Sporteinheit bei Olympiaspielen antrat, hier Festigkeit mit Elastizität verband und keine Mühe scheute, konnte er die deutsche Sporteinheit retten. Wenigstens auf diesem Gebiet treten Sportler aus beiden Teilen Deutschlands vor der Welt als Vertreter eines Volkes auf. - Was ein unpolitischer Willi Daume durch Zähigkeit und Einsicht erreichte, könnte für manchen Politiker in Bonn beispielhaft sein.

+ + +

"Kein öffentliches Interesse" ?

sp - Der Justizminister des Landes Schleswig-Holstein teilt uns mit, daß die Ermittlungen im Verfahren wegen der Hakenkreuz-Sudeleier am 8. November 1959 bei der Kirche auf der Insel Pellworm nicht mit der Begründung eingestellt worden seien, es läge kein öffentliches Interesse vor, sondern weil der Täter nicht festgestellt werden konnte. - Der Justizminister hat diese Mitteilung auch anderen Zeitungen, auf deren Meldung sich unser am 5. Januar 1960 veröffentlichte Kommentar stützte, zugehen lassen.

+ + +

Glosse: Der Entenssekretär

sp - Dem Grad der Albernheit habe sich zuweilen das Pathos genähert, mit dem die Glückwünsche zu des Kanzlers 54. Geburtstag vorgelesen worden seien, heißt es in einem der Hofberichte vom 5. Januar 1960, die zuweilen dadurch bemerkenswert sind, daß die Schreiber sich bemühten, diese aufdringliche und heilsidigende Albernheit durch begreiflichen Sarkasmus zu kompensieren. Der 84-jährige Hofhalter selbst, umschwärmt von der nicht ganz vollzähligen 17 bundesministeriellen Rubinen bis zu kleinen Rotkäppchen, die der Fuchs mit dem Wolf verwechselten, benahm sich dieser konzentrierten Albernheit gegenüber so, wie er, der geborene und gewordene Menschenverächter, sich oben benehmen mußte: er verstreute, so heißt es in einem anderen Hofbericht, mit fröhlichem Gesicht "leichtlässige Bonmots". Und mit der Rücksichtslosigkeit, die er sich nach der Erfahrung zumindest der letzten zehn Jahre seinem Hofvolk gegenüber ungestraft und sogar noch belacat erlauben kann, schlug er zuweilen noch hart zu.

Des eilfertigen Verkehrsministers wohlgemeintes Präsent, ein Autobahn-Bilderbuch, schob er angesichts des immer noch lächelnden Sponsors seinen Kölner Sohn Max unter den Arm, weil den das mehr als ihn interessiere. Und aus seinem Pressechef, der sich mit Brummel eleganz und Kanzlerschatten-Würde ausstattet, machte der spaßige Konrad ein spaßiges Hänneschen. Der Alte ließ die Peitsche knallen, und das als Staatssekretär titulierte Hänneschen, das, so spöttelte der Alte vergnügt, von politischen Dingen nichts verstehe, hob die Schöße seines Cutaways und watschelte als Ente vor dem Dompteur einher -, umringt von einer staunenden Gratulanten- und Hofhaltungsmeute, deren Lachen, so ist zu hoffen, wenigstens bei den Gratulanten durch die Scham verbittert worden ist, die im Hofbereich sonst kaum noch strapaziert wird.

"Nächstes Jahr wird's dollar!", sagte der Dompteur, womit er allerdings das Wahljahr 1961 und sicher nicht die Exhibition seines Pressesekretärs gemeint haben dürfte, der seiner Schaustellung zweifellos das Attribut "Humor" anhängen wird, das er bei anderen vermißt.

Als am Vorabend des Dompteur-Geburtstages im SPD-Pressedienst dem Geburtstagspreis eine Gegenrechnung aufgemacht und er unter anderem als Menschenverächter klassifiziert worden war, da gab es einige indignierte Gesichter und Artikel. Derlei Bedenken sind, das beweist der 5. Januar, fehl am Platz. Der Menschenverächter lebt aus seiner Umgebung und wird von ihr bestätigt. Oder gibt es in irgendwo einer anderen zivilisierten Hauptstadt noch einen beamteten Staatssekretär einer amtierenden Regierung, den der Regierungschef kaltlächelnd zum Gespött machen kann, ohne daß dieser Beamte sofort seiner Hut nimmt und geht? Adenauer hat so etwas nicht zu befürchten. Seine Minister und seine Staatssekretäre bleiben und kletten ungerührt und ungeschämt weiter an ihren Plätzen: als Gummilöwen und als Enten.

"So wurde und war es wiederum ein netter Geburtstag", schrieb die kanzlertreue "Bonner Rundschau". Und "nächstes Jahr wird's dollar!"

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel